



Erklärung der Arbeiterwohlfahrt:

DIE KRISE ANNEHMEN – DEN SOZIALSTAAT SICHERN!

1. Die Krise ist da

Die globale Krise der Finanzmärkte hat sich zu einer massiven Wirtschaftskrise entwickelt und wird voraussichtlich länger andauern als zunächst vermutet. Trotz eilig beschlossener nationaler und internationaler „Rettungsschirme“ werden die Einschnitte in die Wirtschaft und die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte heftiger. Niemand darf sich täuschen: Diese Krise ist eine riesige gesellschaftliche und politische Herausforderung und verlangt entschiedenes und international abgestimmtes Handeln.

2. Maßlosigkeit und Missbrauch müssen beendet werden

Die AWO verurteilt nachdrücklich die Maßlosigkeit und Gier, die von den Finanzmärkten ausging und weite Teile der Gesellschaft weltweit erfasst hat. Der Missbrauch von Marktfreiheit hat bewiesen, dass die globalisierte Wirtschaft nicht zu einer sozial orientierten Selbststeuerung fähig ist und daher der effizienten Transparenz, Kontrolle und Steuerung bedarf.

Dass das Verhalten und Handeln in weiten Teilen der Chefetagen in der Wirtschafts- und Finanzwelt immer noch von Gier und Instinklosigkeit geprägt ist, bringt breite Schichten der Bevölkerung zurecht auf. Millionen-Boni, -Pensionen und – Abfindungen sowie Luxus-Gehabe muss ein Riegel vorgeschoben werden, notfalls durch Sondersteuern. Die Verursacher der Fehlentwicklung müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

Der G 20-Gipfel in London hat endlich zu ersten internationalen Vereinbarungen geführt. Die Einigung darüber, dass künftig die Gewinn gier um jeden Preis (zum Beispiel durch Finanzfonds und durch Steueroasen) beendet werden soll, dass eine Stärkung der Finanzaufsicht durch den IWF für mehr Transparenz und Kontrolle auf den Weltfinanzmärkten sorgen soll, dass mit Wirtschaft fördernden Konjunkturprogrammen die nationalen und internationalen Finanz- und Wirtschaftsstrukturen funktionsfähig gehalten werden und dass Entwicklungs- und Schwellenländer durch ein besonderes Hilfspaket vor dem Absturz bewahrt werden sollen, ist ein richtiger Schritt. Nun muss aber die zügige Umsetzung solcher Beschlüsse in nationales und internationales (auch EU-)Recht erfolgen.

3. Die Schwächsten müssen der Maßstab für die Krisenbewältigungsstrategien sein

Schon vor der globalen Krise gab es in Deutschland ein wachsendes Auseinanderklaffen von arm und reich. Dies wird in der Krise noch weiter wachsen. Eine solche Entwicklung macht die Aufgaben der Krisenbewältigung nicht einfacher. Klar ist auf jeden Fall: Im Blickpunkt dürfen nicht nur die Interessen stimmgewaltiger Wirtschaftsgruppen mit ihren egoistischen Forderungen stehen.

Die Sorgen von Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz, die ihnen trotz der positiven Entscheidung über eine Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes nicht genommen sind, und von den vielen Menschen, die die Integration in den Arbeitsmarkt nicht geschafft haben, müssen ernst genommen werden. Die Schwächsten müssen der Maßstab für politisches Handeln sein!

Erst dann, wenn der Prozess der Krisenbewältigung seine stabilisierenden Wirkungen im Sozialbereich und am Arbeitsmarkt zeigt, kann er als „historisch“ bezeichnet werden.

4. In der Krise die Weichen für eine solidarische Gesellschaft der Zukunft stellen
Grundlage der deutschen Gesellschaftsordnung ist die soziale Marktwirtschaft. Dazu zählen vor allem die Sozialbindung des Eigentums, die Sicherung von sozialstaatlichen Strukturen und die Kontrolle der Wirtschaft. Denjenigen, die das

vergessen oder verletzt haben, muss dies mit Nachdruck klar gemacht werden! Alle politischen Entscheidungen in Deutschland und in der EU müssen diese Zielsetzung verfolgen.

In der Krise zeigt sich, dass der Sozialstaat nötiger denn je ist. Deshalb fordert die AWO einen „starken Staat“, der finanziell und strukturell in der Lage ist, aktiv zu handeln und präventiv und nachhaltig zu wirken.

Soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft sind entscheidende Bausteine zur Bewältigung der Wirtschaftskrise – und beides kommt nicht von selbst, wie die Erfahrungen der jüngeren und der zurückliegenden Geschichte zeigen.

Im Einzelnen fordert die AWO:

- a) Die Leistungsfähigen müssen durch angemessene Besteuerung gerade in der Krise einen Sonderbeitrag zur Stabilisierung leisten. Dabei darf eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ebenso wenig ein Tabu sein wie eine Solidarabgabe, die für spezielle Aufgaben (zum Beispiel im Bildungssektor) festgesetzt wird. Auch die Spekulation im Finanzsektor muss besteuert werden. Grund- und Rohstoffe dürfen nicht der Spekulation ausgesetzt werden.
- b) Konjunkturprogramme müssen neben der kurzfristigen Marktwirkung auch die Förderung des Arbeitsmarkts und die Stabilisierung von Sozialstrukturen anstreben. Sie dürfen künftigen Generationen keine Schuldenlasten aufbürden, die nicht mehr zu bewältigen sind.
- c) Die Sozialversicherung ist in allen Zweigen solidarisch zu gestalten und als Bürgerversicherung auszubauen, in die alle einbezogen sind und in der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit Beiträge einbezahlen. Nicht nur die Sozialpartner am Arbeitsmarkt und die Staatskasse dürfen als Finanziere zur sozialen Sicherung beitragen müssen, sondern die Bezieher aller Einkommensarten.
- d) Auch mit Blick auf die demographische Entwicklung ist die Umgestaltung der Sozialversicherungszweige ein dringendes Gebot. Die aktuelle Arbeit an der Pflegeversicherung ist dabei ein gutes Beispiel und wird von uns unterstützt.

- e) Die Abfederung der Armut ist nicht ausreichend. Sowohl Sozialhilfe als auch Arbeitsmarkthilfen entsprechen nicht dem notwendigen Existenz- und Kulturminimum und sind daher anzuheben. Für die Kinder ist – zur Vermeidung von Kinderarmut aus humanitären Gründen – eine angemessene Kindergrundsicherung einzuführen. Alle Anhebungen dieser Transferleistungen sind praktisch sofort Konjunktur belebend, denn untere Einkommensschichten können kaum sparen.
- f) Arbeit muss so bezahlt werden, dass Vollerwerbstätige davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dass in Deutschland Millionen von Mini-, Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen bestehen, die nur durch Aufstockung mit Sozialleistungen das Existenzminimum sichern, ist nicht länger hinnehmbar. Die ersten Schritte für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, an denen die AWO aktiv mitgewirkt hat, müssen fortgesetzt und zu einer flächendeckenden Lösung gebracht werden. Hierdurch wird in Teilen auch einer wachsenden Gefahr der Altersarmut vorgebeugt.
- g) Am Arbeitsmarkt muss mehr denn je auch die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit durchgesetzt werden. Wir erwarten hier neue Anstrengungen bei der Schaffung der notwendigen Strukturen.
- h) Bildung muss künftig eine noch größere Rolle im staatlichen und gesellschaftlichen Handeln spielen. Das sind wir den Menschen schuldig, es hilft aber auch, künftige Armut zu verhindern bzw. zu lindern. Im Interesse gleicher Zugangschancen müssen sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung allen Kindern kostenfrei zur Verfügung stehen. Hierfür eine zusätzliche Solidarabgabe für höhere Einkommensbezieher festzulegen, wird ausdrücklich unterstützt.
- i) Die Sozialwirtschaft muss als Anker der gesellschaftlichen Strukturen stabilisiert werden. Wenn frei gemeinnützige Organisationen, wie die Wohlfahrtsverbände, für die Gesellschaft soziale Aufgaben wahrnehmen, dann ist das gesellschaftspolitisch von besonderem Wert und hilft, die öffentliche Daseinsvorsorge zu erfüllen. Dieser Sektor darf nicht weiter privatwirtschaftlich strukturierten Anbietern übereignet werden, denn Profitstreben hat hier nichts zu suchen.
- j) Der Staat muss auf allen Ebenen noch mehr dafür tun, dass die Menschen enger zusammenrücken und die Förderung des Gemeinwesens wieder aktiver gestalten. Für die AWO ist es ein besonders gutes Beispiel, wenn im

bundesweiten Projekt „Soziale Stadt“ die Träger der unterschiedlichsten Aufgaben zusammenarbeiten. Das bürgerschaftliche Engagement, die Hilfe für andere Menschen und für die Allgemeinheit geben den Menschen einen zusätzlichen Sinn in ihrem Leben. Darum sind die vielen Organisationen, Vereine und Verbände mit ihrer gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Arbeit nachhaltig zu unterstützen.

5. Die AWO wird ihre Möglichkeiten einsetzen und nach Kräften helfen

Mit dem Anwachsen der Krise steigt die Gefahr eines Zusammenbrechens der sozialen Netze und der sozialen Sicherungssysteme. Politik und Gesellschaft müssen diese Gefahr sehr ernst nehmen und alles dafür tun, eine solche Entwicklung abzuwenden. Darum ist es für die AWO selbstverständlich, dass sie alle ihre Möglichkeiten einsetzt, um das Einbrechen der sozialen Infrastruktur zu verhindern.

Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit – modernere Prinzipien kann es nicht geben. Das lehrt uns die Krise deutlicher denn je!

Berlin, den 3.4.2009

Vorstand und Präsidium der Arbeiterwohlfahrt